

Dieser Diskussion müssen und werden wir uns auch weiterhin stellen

Barbara Ostmeier

Dringende flüchtlingspolitische Handlungsbedarfe, aber keine nationalen Alleingänge

In dreifacher Hinsicht gibt diese Ausgabe des Magazins „Der Schlepper“ Anlass zu gratulieren. Nach 25 Jahren ist es die 100ste Ausgabe und darf wohl als eines der bedeutendsten Projekte des seit nunmehr 30 Jahre bestehenden Flüchtlingsrates bezeichnet werden.

Sehr gerne nutze ich die Gelegenheit, die engagierte Arbeit des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein als landesweit organisierte Flüchtlingsorganisation zu würdigen. Seit seiner Gründung steht der Flüchtlingsrat mit seinen Mitgliedsorganisationen für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden ein und engagiert sich für ein diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima und chancengleiche Teilhabe.

Das Magazin „Der Schlepper“ ist dabei weitaus mehr als lediglich ein Rundbrief des Flüchtlingsrats. Es überrascht nicht, dass die Beiträge klar parteiisch motiviert sind. Dies entspricht dem Selbstverständnis des Flüchtlingsrates, der es sich zum Ziel gesetzt hat, über die Veröffentlichun-

gen und Artikel, die Solidaritätsarbeit für Flüchtlinge in unserem Bundesland sowie politische Initiativen von und für Schutzsuchende zu stärken und voran zu treiben. Der Anspruch, Staat und Verwaltungen in die Pflicht zu nehmen, ist nicht zu übersehen.

Auch wenn wir in einer solch klar einseitigen Parteinahme nicht übereinstimmen können, möchte ich für dieses Engagement meinen Respekt und meine Anerkennung aussprechen und danke für die Gelegenheit, als flüchtlings- und migrationspolitische Sprecherin der CDU Landtagsfraktion in dieser besonderen Jubiläumsausgabe ein paar Worte darüber hinaus an Sie richten zu dürfen.



Dringender Handlungsbedarf

Denn es gibt dringenden Handlungsbedarf sowohl in der europäischen Migrations- als auch in der deutschen Integrationspolitik.

So viele Menschen wie noch nie zuvor sind auf der Flucht vor Armut, religiös, politisch oder ethnisch motivierter Verfolgung und Gewalt von Regimen in ihrem Heimatland. Die Situation der Geflüchteten in den Ländern an den europäischen Außengrenzen ist nach wie vor eine der drängendsten Herausforderungen der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Dabei hat die Pandemie die Lage vor Ort noch einmal verschärft. Die Bilder sind schwer zu ertragen, gehen selbstverständlich auch an mir als Politikerin nicht spurlos vorbei und sind emotional belastend. Vor dem Hintergrund ist es gravierend, dass sich die EU-Staaten so schwer damit tun, eine dringend gebotene, einheitliche Linie insbesondere im Umgang mit Bootsflüchtlings im Mittelmeer zu finden.

Ebenso wie das Land Schleswig-Holstein bekenne auch ich persönlich mich zu einer humanitären Flüchtlingspolitik. Schleswig-Holstein nutzt die gegebenen Möglichkeiten weitestmöglich aus, um Menschen eine legale Einreise zu ermöglichen. Die Landesregierung hat sich von Beginn an für eine sichere und organisierte Aufnahme von Flüchtlingen stark gemacht, das landeseigene Aufnahmeprogramm ist ein Beispiel dafür. Aber: Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Weg in eine humanitäre und nachhaltige Flüchtlingspolitik nur ein europäischer sein kann. Nationale Alleingänge sind nur sehr begrenzt möglich und im Ergebnis nicht hilfreich.

Ebenso bedeutsam ist es, die Menschen, die aus anderen Staaten und Kulturkreisen zu uns kommen, in unsere Gesellschaft zu integrieren. Und Schleswig-Holstein sorgt auch hier für wichtige und richtige Rahmenbedingungen. Integrationsprogramme, mittelbar auch der Landesaktionsplan gegen Rassismus sowie die Einbürgerungskampagne und das Integrations- und Teilhabegesetz sollen dabei unterstützen, die Integration zu erleichtern und eine Mut machende Zukunftsperspektive zu geben. Auf dem Weg dahin brauchen wir als Land jede Unterstützung und deshalb bin ich dankbar, dass es so viele Kommunen und ihre Bürger gibt, die bereit sind Geflüchtete aufzunehmen.



Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier, CDU

Nächstenliebe und Gefühl auf der einen – Vernunft und Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite

Dennoch gibt es nach wie vor kaum ein politisches Handlungsfeld, welches unsere Gesellschaft mehr spaltet. Daher bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung von Politik und Zivilgesellschaft, um den Schutzgedanken der Genfer Flüchtlings- und der europäischen Menschenkonvention nachhaltig umzusetzen. Dabei müssen wir die Probleme offen benennen und diskutieren. Wir müssen unsere Kommunen und alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land mitnehmen. Es ist meine Überzeugung, dass eine Gemeinschaft nur dann funktioniert, zusammenwächst und sich weiterentwickelt, wenn alle Menschen feste Grundwerte und gesellschaftliche Übereinkünfte teilen und respektieren. Politik und Gesellschaft müssen einen Ausgleich zwischen Nächstenliebe und Gefühl auf der einen sowie Vernunft und Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite finden. Dabei sind Recht und Gesetz Pfeiler unseres demokratischen Systems und ihre Achtung muss von jeder und jedem eingefordert werden.

Ich bin mir sicher, dass der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein als landesweit organisierte Flüchtlingsorganisation weiterhin alle Instrumente politischer Einfluss-

nahme nutzen wird. Dieser Diskussion müssen und werden wir uns auch weiterhin stellen. Denn konstruktive Kritik hilft uns allen besser zu werden.

Insofern freue ich mich auf den weiteren fachlich konstruktiven Austausch mit gegenseitigem Respekt für unsere unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Lösungsansätze.

Barbara Ostmeier ist Mitglied der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Vorsitzende des Landtagsausschusses für Inneres und Recht sowie migrationspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. www.barbaraostmeier.de